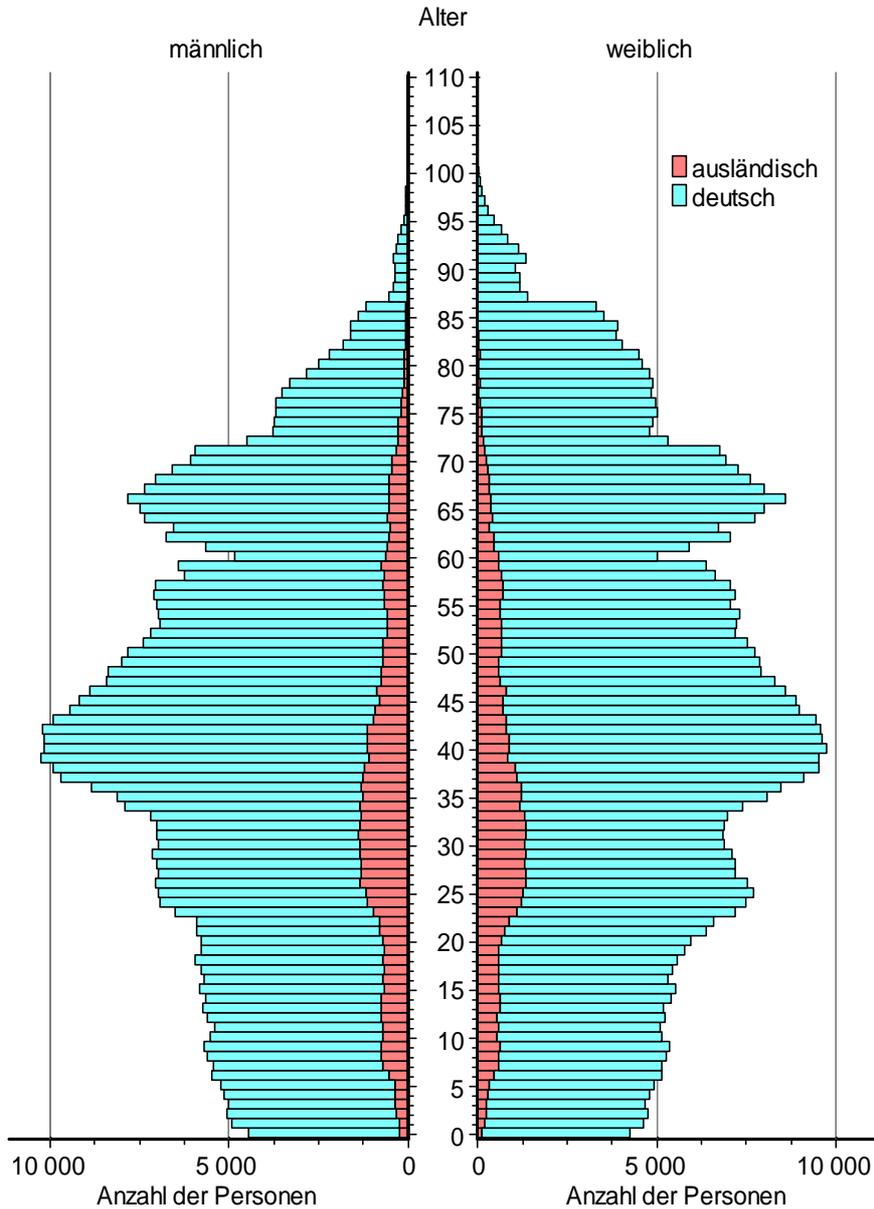


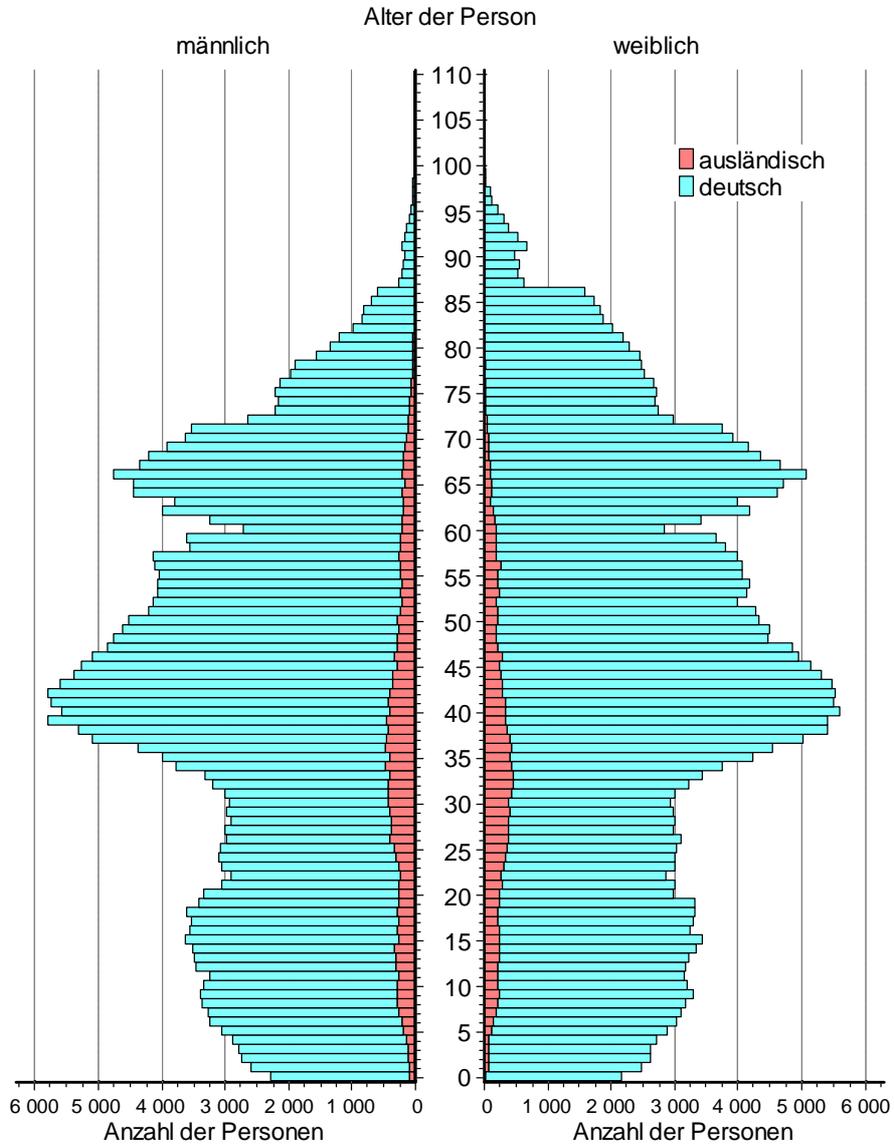
2 DEMOGRAFIE

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Geschlecht und Nationalität in der Region Hannover am 30. Juni 2006



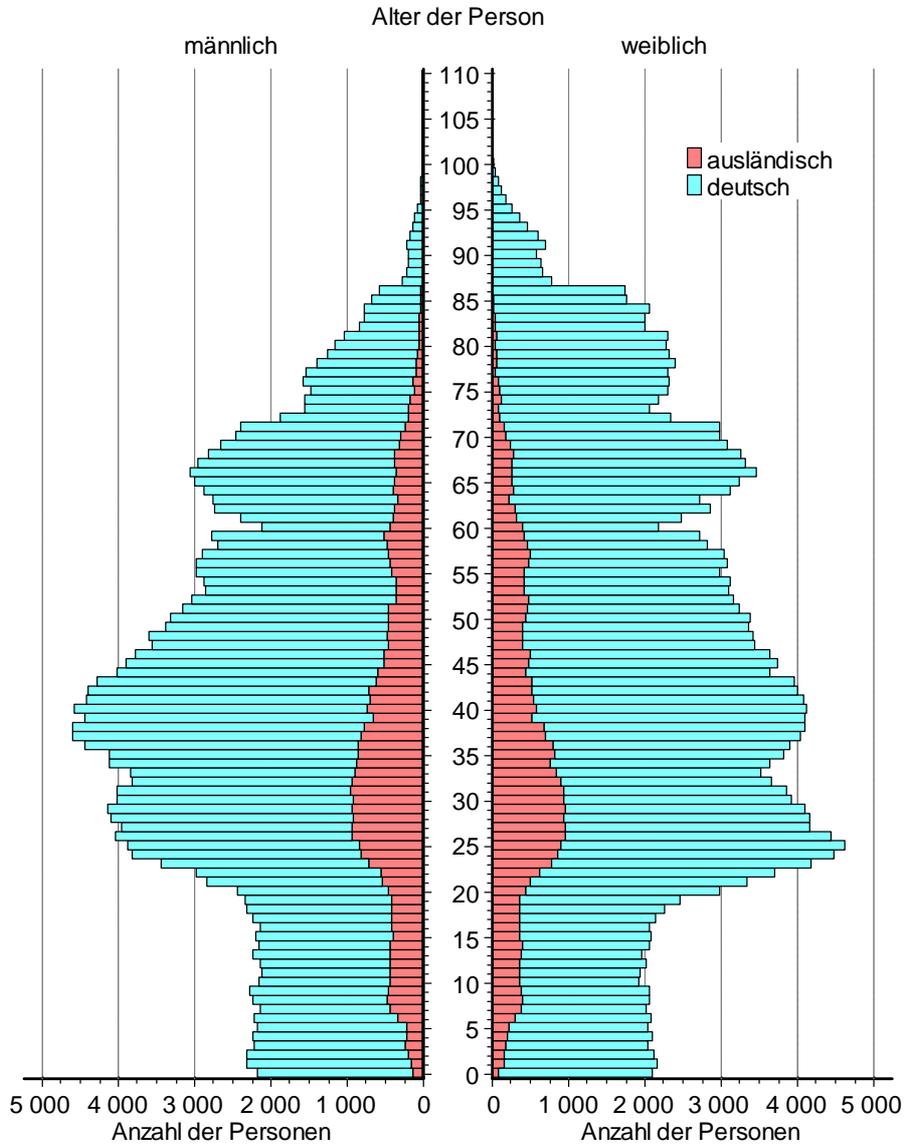
Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle / Region Hannover - Team Statistik

**Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Geschlecht und Nationalität am
30. Juni 2006 im
Umland der Landeshauptstadt Hannover**



Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle / Region Hannover - Team Statistik

**Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Geschlecht und Nationalität am
30. Juni 2006 in der
Landeshauptstadt Hannover**



Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle / Region Hannover - Team Statistik

2.1 Demografie und Prognosen

Am 01.01.2006^{2.1} lebten 1.121.888 Menschen mit Hauptwohnsitz in der Region Hannover. 614.364 Personen hatten ihren Erstwohnsitz in den 20 Kommunen außerhalb der Landeshauptstadt Hannover. In der Landeshauptstadt Hannover (LHH) lebten 507.524 Personen.

Bevölkerungsprognosen des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung der Leibniz Universität Hannover (IES) gehen davon aus, dass die Gesamteinwohnerzahl in der Region Hannover voraussichtlich bis zum Jahr 2020 stagnieren wird. Diese zunächst sehr positiv erscheinende Entwicklung muss allerdings unter dem Umstand beurteilt werden, dass seit den 70er Jahren in der Region Hannover weniger Menschen geboren werden als versterben. Auch eine kontinuierliche Bevölkerungszuwanderung konnte und kann zukünftig nicht verhindern, dass es in den Kommunen sowie in den Stadtbezirken der LHH zum Teil erhebliche Altersverschiebungen innerhalb des Bevölkerungsaufbaus gibt und perspektivisch in erheblichem Umfang geben wird. Diese Entwicklung stellt die Region Hannover und alle dazugehörigen Kommunen vor die Herausforderung, dass zunehmend mehr ältere und alte Menschen einer beständig abnehmenden Anzahl junger Menschen gegenüberstehen.

Am 01.01.2006 lebten in der Region Hannover 287.327 (25,6%) Seniorinnen und Senioren in der Altersgruppe 60 plus (164.979 = 14,7% Frauen und 122.348 = 10,9% Männer). In den Kommunen ohne LHH waren, bezogen auf die Gesamtbevölkerung in den Kommunen, 160.796 (26,1%) Personen 60 Jahre und älter (89.929 = 14,6% Frauen und 70.867 = 11,5% Männer). Zur Altersgruppe 60 plus gehörten in der Landeshauptstadt 126.531 Personen. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 24,9% (75.050 = 14,8% Frauen und 51.481 = 10,1% Männer).

Im ersten Pflegebericht der Region Hannover^{2.2} wurde festgestellt, dass Ende 2002 die Geburtsjahrgänge 1933 bis 1942 (Altersgruppe der dann 60 bis 69-jährigen) mit dann 145.777 (13,01%) Personen die größte Altersgruppe war. Die damaligen Prognosen gingen davon aus, dass im Jahr 2010 diese Geburtsjahrgänge der dann 65 – bis 74-jährigen mit voraussichtlich 136.084 (12,13%) Personen weiterhin die zahlenmäßig stärkste Seniorengruppe sein wird.

Diese Prognose kann insoweit bestätigt werden, als dass die vorausgesagte Entwicklung bereits 2005 eingetreten ist. Eine Aufsplitterung der Altersgruppe 60 plus (s. Abb. 2.3) zeigt, dass am 01.01.2006 die Geburtsjahrgänge 1931 bis 1944 mit 136.387 (12,2%) Personen und die Geburtsjahrgänge 1936 bis 1945 mit 141.798 (12,6%) Personen die größten Altersgruppen sind. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass die Altersgruppe der 60-jährigen mit 80.524 (7,2%) Personen im Jahr 2002 um 14.139 auf 66.385 (5,9%) Personen zurückgegangen ist. Die heutige Altersgruppe der 60- bis 64-jährigen wurde in den Jahren 1941 – 1945 geboren. Der vorliegende Altersbaum für die Region Hannover verdeutlicht die historisch begründete Entwicklung. Voraussichtlich in den folgenden 20 Jahren wird der Anteil der Menschen ab 60 Jahre kontinuierlich zunehmen.

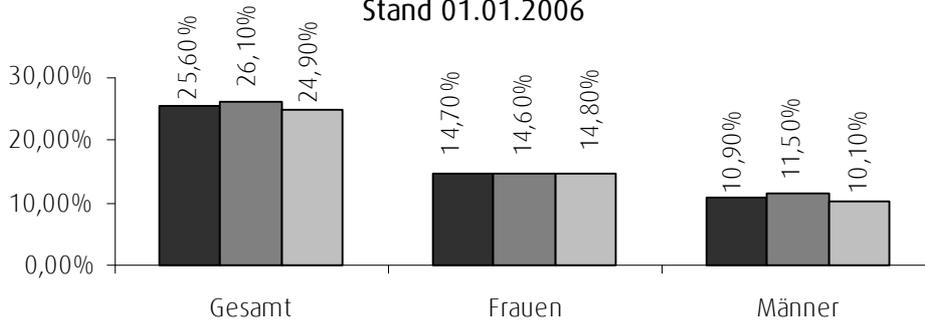
Den Prognosen folgend wird im Jahr 2015 die Generation 60 plus in der Region Hannover einen Bevölkerungsanteil von 27% stellen. In den Kommunen der Region Hannover (ohne LHH) werden 28,3% und in der LHH 25,6% der Menschen 60 Jahre und älter sein.

Abb. 2.1-01

^{2.1} Daten von der Region Hannover, Team Statistik, Stand: 31.12.2005 und Daten von der Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle, Stand: 01.01.2006

^{2.2} Pflegebericht der Region Hannover gemäß Paragraph 4 Niedersächsisches Pflegegesetz, 2004

Anteil der Seniorinnen und Senioren der Altersgruppe
60 plus im Verhältnis zur jeweiligen Gesamtbevölkerung
Stand 01.01.2006



* ohne Stadt Hannover



Abb. 2.1-02

Anteil der Altersgruppe 60 plus in der
Region Hannover

Gesamtbevölkerung	1.121.888
Altersgruppe 60 plus	287.327
Frauen	164.979
Männer	122.348

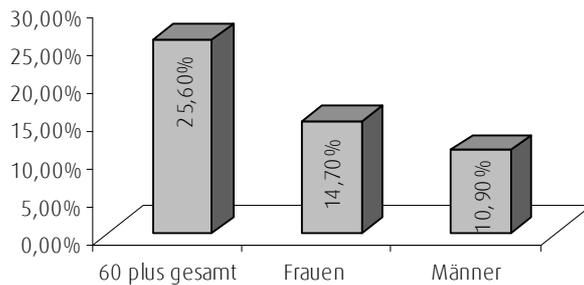


Abb. 2.1-03

Anteil der Seniorinnen und Senioren nach Altersgruppen
in der Region Hannover
Stand 01.01.2006

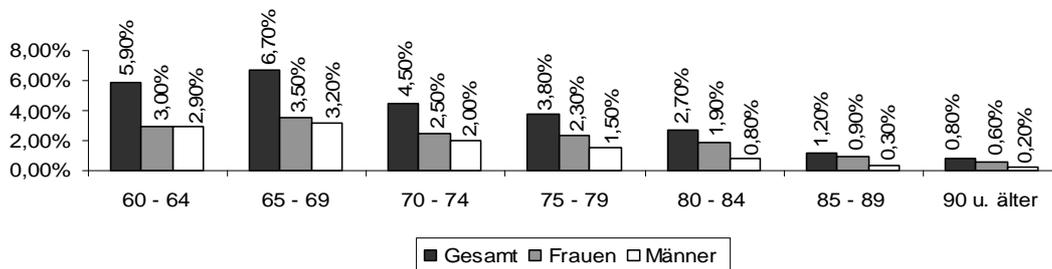


Abb. 2.1-04

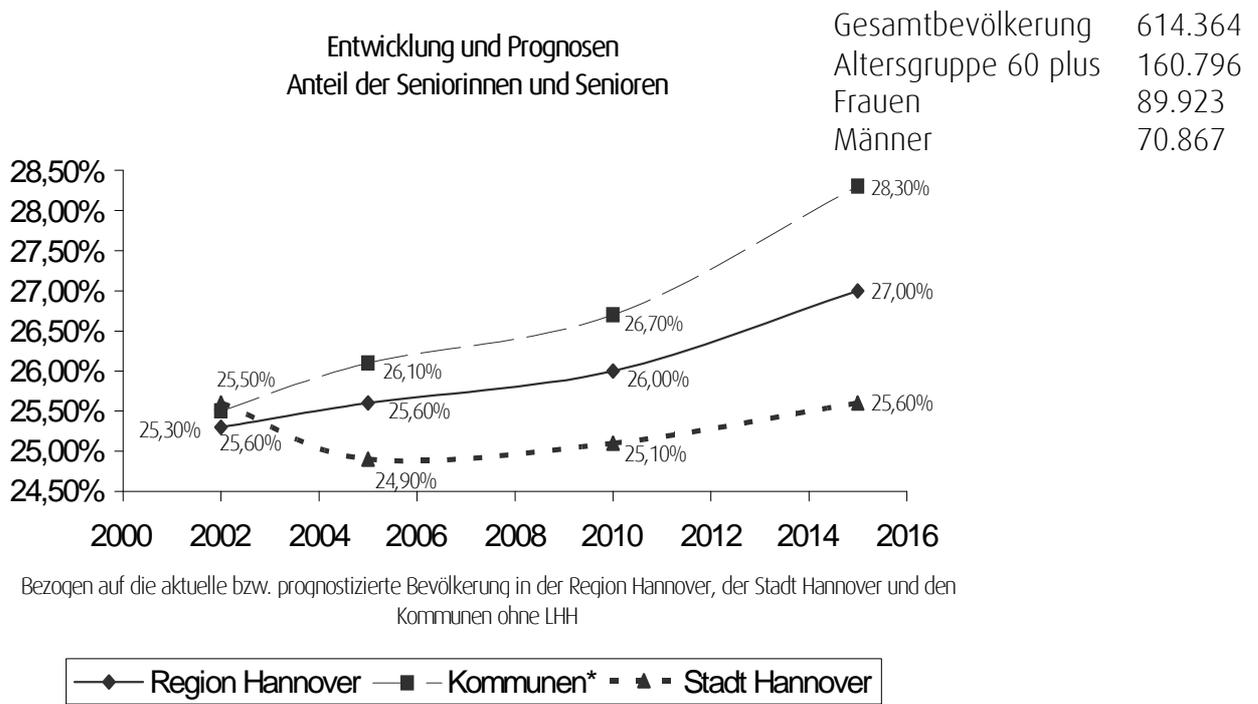
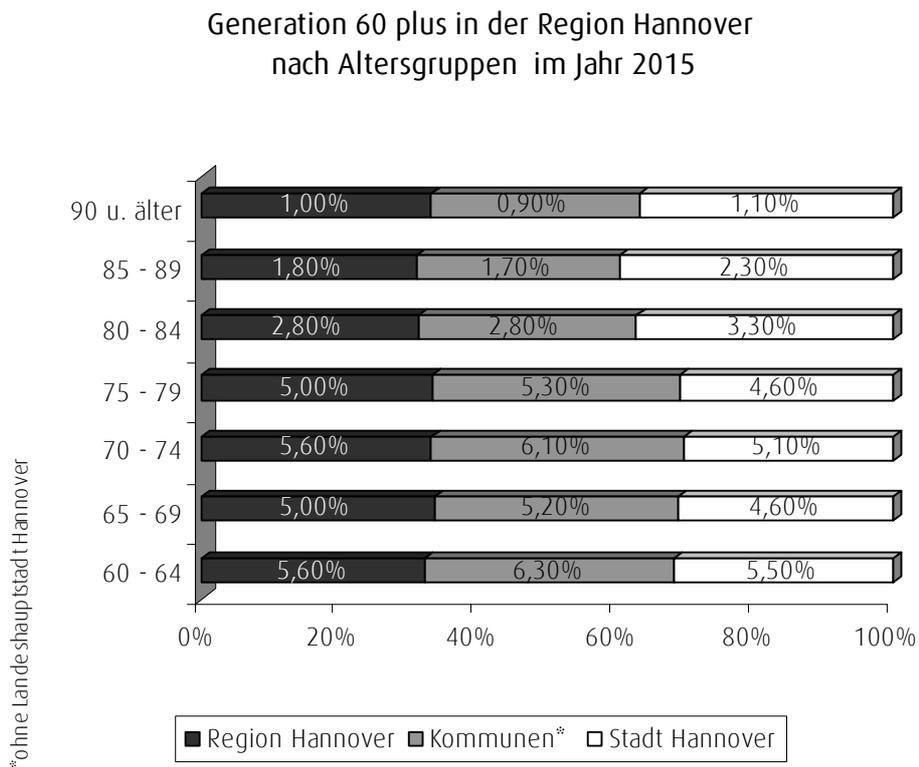


Abb. 2.1-05



Quelle: Team Statistik, Region Hannover und Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle
 Prognose des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung der Leibniz Universität Hannover (IES), Umrechnung auf Ausgangsbevölkerung vom 31.12.2005 aus dem Einwohnermeldewesen durch den Fachbereich Planung und Raumordnung, Region Hannover

2.1.1 Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in den vergangenen 100 Jahren um über 30 Jahre gestiegen und wird bis zum Jahr 2050 durchschnittlich um weitere sechs Jahre wachsen. Jeder heutige Geburtsjahrgang kann mit einem um zwei bis drei Monate längeren Leben als sein Vorjahrgang rechnen. Ein Ende dieser Entwicklung kann gegenwärtig wissenschaftlich nicht prognostiziert werden.

Aktuell liegt die durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen bei 86,6 Jahren und für Männer bei 81,1 Jahren. Es ist davon auszugehen, dass sich die unterschiedliche Lebenserwartung bei Männern und Frauen zunehmend angleichen wird.

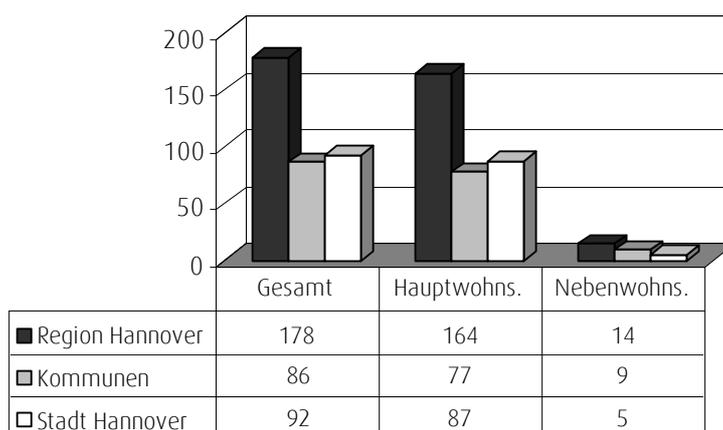
Mit dieser Entwicklung geht die beständige Zunahme an betagten und hochbetagten Menschen in unserer Gesellschaft einher. Innerhalb der Bevölkerungsgruppe der Seniorinnen und Senioren leben drei Generation mit sehr verschiedenen Lebensbiografien und sehr unterschiedlichen Bedürfnissen. Menschen, die der Altersgruppe 100 plus angehören, werden z.B. Bedürfnisse in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Nahversorgung und Teilhabe am sozialen Leben sowie in der ambulanten und stationären Pflege entwickeln, die mit der Lebensplanung und den damit verbundenen Bedürfnissen der Generation 60 plus, zu der dann die Enkel und Kinder der „Generation 100 plus“ gehören, nicht zu vereinbaren sind. Daraus resultiert, dass bereits heute interdisziplinäre Versorgungskonzepte entwickelt werden müssen, die den verschiedenen Generationen in der zunehmend größer werdenden Bevölkerungsgruppe der Seniorinnen und Senioren und ihren verschiedenen Rollen als Pflegeperson bzw. als Hilfe- und Pflegebedürftiger gerecht werden.

In dem vorliegenden Pflegebericht wird für die Region Hannover erstmalig die Altersgruppe 100 plus erhoben. Die Daten sollen in den kommenden Berichten fortgeschrieben werden.

Abb. 2.1-06

Anteil der Altersgruppe 100 plus in absoluten Zahlen

Stand: 01.01.2006



Quelle: Team Statistik, Region Hannover und Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle Forum Demografischer Wandel des Bundespräsidenten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung, Ein Panorama der Fakten und Herausforderungen, Berlin/Gütersloh, November 2005

2.1.2 Pflegebedürftige

Erstmalig können in diesem Pflegebericht die Anzahl der Pflegebedürftigen und die von ihnen gewählten Leistungsarten aus der gesetzlichen Pflegeversicherung in den Kommunen der Region Hannover benannt werden. Eine Differenzierung der Daten von der Landeshauptstadt Hannover in die 13 Stadtbezirke war nicht möglich.

Die vorliegenden Zahlen beziehen sich auf die Bevölkerungszahlen von 2005 sowie auf alle Pflegebedürftigen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) von der Altersstufe 0 bis 90 und älter. Nicht berücksichtigt wurden Pflegebedürftige, die im Sinne des SGB XII Hilfe zur Pflege erhalten. Prognosendaten für das Jahr 2015 liegen nicht vor.

Am 31.12.2005 erhielten in der Region Hannover 29.191 Pflegebedürftige Leistungen aus der Pflegeversicherung. 4.070 Pflegebedürftige gehörten zu den Altersgruppen 0 – 59 Jahre. 60 Jahre und älter waren 25.121 Pflegebedürftige. Somit waren 8,7% aller Seniorinnen und Senioren im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes pflegebedürftig. 40,9% der Pflegebedürftigen erhielten von der Pflegekasse Pflegegeld für selbstbeschaffte Pflegehilfe. Die Gewährung dieser Leistung setzt voraus, dass die pflegebedürftige Person in der Lage ist die erforderliche Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung in geeigneter Weise, z.B. durch Angehörige, Freunde und Nachbarn, sicher zu stellen.

22,4% der Pflegebedürftigen haben Sachleistungen im Sinne ambulanter Pflege in Anspruch genommen. Damit wurden von den ambulanten Pflegediensten 6.543 pflegebedürftige Personen versorgt. Die Leistungen in den Pflegeheimen wurden von 36,7%, in absoluten Zahlen sind das 10.723 Personen, beansprucht.

Im Vergleich der Kommunen fällt als Besonderheit auf, dass in der Stadt Burgwedel die drei Leistungsarten aus der gesetzlichen Pflegeversicherung zu fast gleichen Anteilen beansprucht werden. So erhalten 36,5% der pflegebedürftigen Personen Pflegegeld, 32,2 % werden durch einen ambulanten Pflegedienst versorgt und 31,3% erhalten Leistungen für die Pflege in einem Pflegeheim.

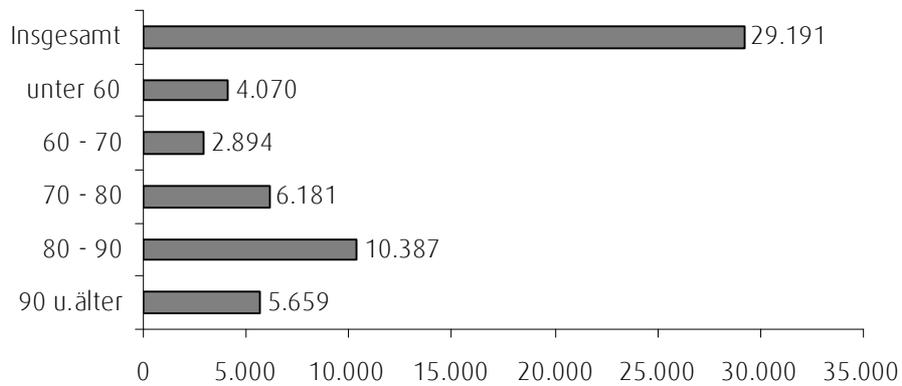
Im Weiteren fällt auf, dass die Versorgung durch ambulante Pflegedienste deutlich hinter den Anteilen der stationären Pflege zurück bleibt. So werden in den Kommunen Burgdorf 14,3%, Garbsen 9,9%, Hemmingen 14,2%, Isernhagen 7,5% und Lehrte 13,3% der Pflegebedürftigen von ambulanten Pflegediensten erreicht. Der Anteil der Pflegebedürftigen, die in diesen Kommunen Leistungen für die Versorgung im Pflegeheim erhalten liegt zwischen 32,4% und 44,1%. Im Gegensatz dazu werden in den Kommunen Pattensen 33,8%, Uetze 28,8% und Wedemark 36,5% der Pflegebedürftigen durch einen ambulanten Pflegedienst versorgt. Besonders auffallend ist, dass in Pattensen nur 24,2%, in Uetze 19,2% und in der Wedemark 21,7% der Pflegebedürftigen Leistungen für die stationäre Pflege erhalten.

Die Ursachen für diese Entwicklungen können von hier nicht festgestellt werden. Insgesamt entsteht aber der Eindruck, dass in den meisten Kommunen der Grundsatz „ambulant vor stationär“ nicht ausreichend umgesetzt wird. Zu hinterfragen ist in diesem Zusammenhang, ob die öffentliche Infrastruktur, in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Nahversorgung sowie die Teilhabe am sozialen Leben ausreicht. Eine besondere Rolle übernehmen in diesen Zusammenhängen pflegende Angehörige, Nachbarn oder Freunde. Sie benötigen verlässliche Rahmenbedingungen die ihnen neben der Pflegetätigkeit ein eigenes, gesundheitserhaltendes Dasein ermöglichen.

Abb. 2.1-07

**Pflegebedürftige im Sinne des Pflegeversicherungsgesetz
in der Region Hannover**

Stand: 2005



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik

Abb. 2.1-08

**Leistungsempfänger/innen der Pflegeversicherung
in der Region Hannover**

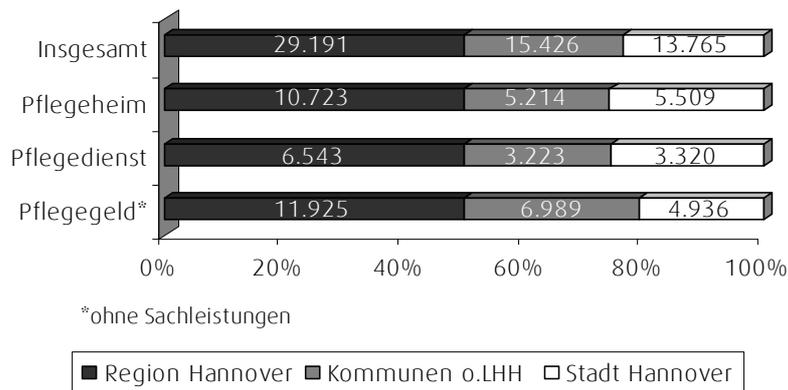
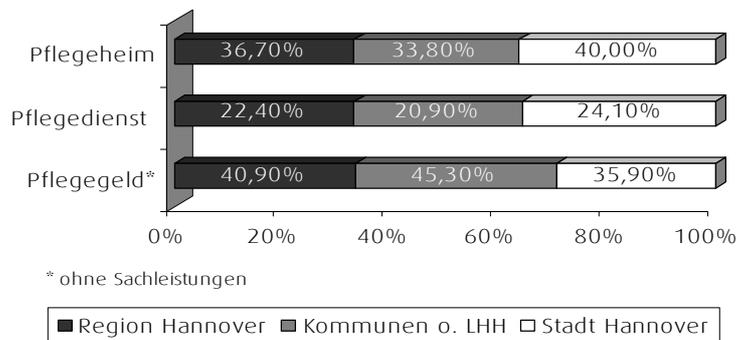


Abb. 2.1-09

**Beanspruchte Leistungen aus der Pflegeversicherung
2005 in der Region Hannover**



2.2 Migrantinnen und Migranten in der Region Hannover

Der Begriff „Migrant“ leitet sich aus dem lateinischen Wort „migratio“ ab und steht für Menschen die wandern oder wegziehen. Eine Aussage über die Staatsangehörigkeit dieser wandernden oder wegziehenden Personen ist in dem Wort „Migrant“ bzw. „Migranten“ nicht enthalten.

Umgangssprachlich wird der Begriff „Migranten“ häufig für zugewanderte Ausländer gebraucht und schließt damit die Wanderungen deutscher Migranten aus. Statistisch werden unter dem Begriff „Migration“ Zu- und Fortwanderungszahlen erfasst, die sich auf einen bestimmten Zeitraum beziehen. Sie stellen somit eine Bewegungsgröße dar in die auch deutsche Staatsbürger einbezogen werden, die zu- bzw. auswandern.

Das Wort „Ausländer“ steht für „Fremder“ oder „ausländischer Staatsangehöriger“. Zu dieser Bevölkerungsgruppe gehören zugewanderte Ausländer und Flüchtlinge. Zur Gruppe der Flüchtlinge werden u. a. auch die jüdischen Emigranten (Auswanderer oder Aussiedler) aus der ehemaligen Sowjetunion gezählt. Ihre Aufnahme erfolgt in einem zwischen Bund und Ländern abgestimmten Verfahren. Die jüdischen Emigranten wurden analog dem Gesetz über „Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge“ wie Kontingentflüchtlinge behandelt. Seit dem Jahr 2005 haben sie diesen Status nicht mehr. Seit dem halten sie sich als „Ausländer mit dauerhafter Aufenthaltsbewilligung“ in Deutschland auf.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind keine Ausländer und werden als solche auch nicht registriert. Per Definition können sie aber zweifelsfrei als Migranten bezeichnet werden.

Unter dem Begriff „Ausländerbestand“ wird statistisch zu einem Stichtag (z.B. 31.12. oder 01.01. eines Jahres) die Bestandsgröße der Bevölkerung ohne deutschen Pass erfasst. Die Ausländerbestandszahl ist nicht nur das Ergebnis von Zu- und Abwanderung einer Region. Ihre Größe setzt sich zusammen aus:

- Geburten von Ausländern in Deutschland (die sog. zweite und dritte Migrationsgeneration die selber nie migrierte),
- Todesfälle von Ausländern in Deutschland
- Einbürgerungen

2.2.1 Allgemeine Situation

Mittlerweile konnte wissenschaftlich nachgewiesen werden, dass Menschen mit einem Migrationshintergrund, insbesondere die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die zwischen 1955 und 1973 nach Deutschland gekommen sind, im Durchschnitt aufgrund belasteter Erwerbsbiografien, ungünstiger Lebensbedingungen und individueller Migrationsgeschichte früher und stärker von körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen betroffen sind. Das Risiko einer krankheitsbedingten Pflegebedürftigkeit ist hoch. Nach Erkenntnissen der Medizinischen Hochschule Hannover* leiden Migranten im Durchschnitt fünf bis zehn Jahre früher an typischen Krankheiten und gesundheitlichen Problemen des Alters als Deutsche. So suchen Migranten im Alter über 65 Jahre häufiger Ärzte auf als deutsche Vergleichsgruppen. In Befragungen erleben die Migranten ihren Gesundheitszustand als wesentlich schlechter als die Deutschen.

Ältere Migrantinnen und Migranten nehmen die vorhandenen ambulanten und stationären Pflegeangebote kaum an, was vor allem auf institutionelle Zugangs- und Sprachbarrieren

zurückzuführen ist, sowie auf die häufig fehlende interkulturelle Erfahrung auf beiden Seiten. Mit steigender Pflegebedürftigkeit werden Migrantinnen und Migranten zunehmend auf die Hilfe- und Pflegeangebote gemäß SGB V, SGB XI und SGB XII angewiesen sein, da durch den gesellschaftlichen Wandel auch in Migrantenfamilien die familiären Versorgungsmöglichkeiten immer stärker begrenzt sind (s. auch Kapitel 3, Demenz).

Im Juni 2002 unterzeichnete die Region Hannover das „Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe“. Ausländische Seniorinnen und Senioren sollen entsprechend ihrer kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Bedürfnisse gepflegt und versorgt werden. Damit das möglich wird müssen auch zahlenmäßig die Bevölkerungsgruppen bekannt sein, die zwar einen Migrationshintergrund haben, aber nicht in jedem Fall Ausländer sind bzw. irrtümlich für Ausländer gehalten werden.

Die folgenden Tabellen geben eine Übersicht über die Anzahl der Einbürgerungen, Spätaussiedler und jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion.

Quelle: *In der zweiten Heimat in Würde alt werden, demografische Wandel, KOPO 10/2007

Tab. 2.2-1: Einbürgerungen insgesamt und Personen der Altersgruppe 60 Jahre und älter

Jahr	2003		2004		2005		2006	
	insgesamt	60 u. älter						
Region Hannover			2755	54	2764	59	2774	132
Kommunen	885	21	932	25	1203	23	1032	20
Stadt Hannover	*	*	1823	29	1561	36	1742	112

*Daten liegen nicht vor

Tab. 2.2-2: Aufgenommene Spätaussiedler in der Region Hannover

	Region Hannover insgesamt	60- Jahre u. älter, Quote in Niedersachsen	60-Jahre u. älter nach Quote (auf- bzw. abgerundete Zahlen)
2003	992 Pers.	8,7%	86
2004	863 Pers.	8.8%	76
2005	521 Pers.	8,9%	46
2006	69 Pers.	0	0

Quelle: Grenzdurchgangslager Friedland, Stand: 29.01.2007

Tab. 2.2-3: Aufgenommene Spätaussiedler in den Kommunen (ohne Landeshauptstadt Hannover)

	Kommunen ohne Stadt Hannover insgesamt	60- Jahre u. älter, Quote in Niedersachsen	60-Jahre u. älter nach Quote (auf- bzw. abgerundete Zahlen)
2003	486 Pers.	8,7%	42 Pers.
2004	461 Pers.	8.8%	41 Pers.
2005	302 Pers.	8,9%	27 Pers.
2006	29 Pers.	0	0

Quelle: Grenzdurchgangslager Friedland, Stand: 29.01.2007

Tab. 2.2-4: Aufgenommene Spätaussiedler in der Landeshauptstadt Hannover

	Stadt Hannover insgesamt	. 60- Jahre u. älter, Quote in Niedersachsen	60-Jahre u. älter nach Quote (auf- bzw. abgerundete Zahlen)
2003	506 Pers.	8,7%	44 Pers.
2004	402 Pers.	8.8%	35 Pers.
2005	219 Pers.	8,9%	19 Pers.
2006	40 Pers.	0	0

Quelle: Grenzdurchgangslager Friedland, Stand: 29.01.2007

Tab. 2.2-5: Jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, Stand: Dezember 2006

Kommune	insgesamt	60 Jahre u. ä.	Frauen	Männer
Barsinghausen	23	10	5	5
Burqdorf	74	28	20	8
Burgwedel	3	0	0	0
Garbsen	491	152	75	77
Gehrden	1	0	0	0
LH Hannover	6.317	*	*	*
Hemmingen	13	10	6	4
Isernhagen	9	3	2	1
Laatzen	222	56	33	23
Langenhagen	163	41	24	17
Lehrte	3	0	0	0
Neustadt	28	7	5	2
Pattensen	18	4	2	2
Ronnenberg	81	30	22	8
Seelze	139	36	20	16
Sehnde	19	7	4	3
Springe	22	1	0	1
Uetze	0	0	0	0
Wedemark	9	0	0	0
Wennigsen	8	0	0	0
Wunstorf	39	8	4	4
Region Hannover	7.682	386 **	222 **	171 **

*Daten liegen nicht vor

** ohne Landeshauptstadt Hannover

Den umgangssprachlichen Begrifflichkeiten folgend wurden in den weiteren Beiträgen unter den Begriffen „Migrantinnen“ und „Migranten“ Ausländer gezählt, die sich am 01.01.2006 in der Region Hannover aufgehalten haben. Wegen unvorhersehbarer Wanderbewegungen von tatsächlichen Migrantinnen und Migranten lassen sich für diese Bevölkerungsgruppe keine Prognosen erstellen.

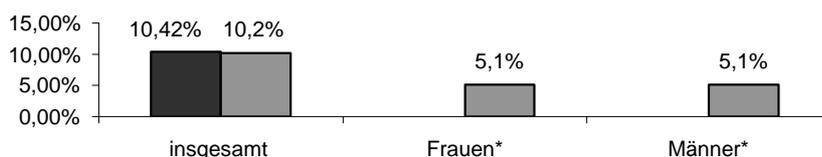
Zur Vergleichbarkeit der Entwicklung in den vergangenen Jahren werden an den Stellen, wo es möglich ist, die Daten aus dem Pflegebericht 2004 angegeben.

2.2.2 Migrantinnen und Migranten ab 60 Jahre und älter

Am 01.01.2006 lebten insgesamt 114.783 Migranten (57.132 Frauen und 57.651 Männer) in der Region Hannover. Damit hatten 10,2% der Bevölkerung in der Region Hannover keine deutsche Staatsangehörigkeit. In dieser Bevölkerungsgruppe waren 14.206 Personen (6.625 Frauen und 7.581 Männer) 60 Jahre und älter, was einem Anteil von 12,3% (5,8% Frauen und 6,6% Männer) entspricht. Verglichen mit dem Jahr 2002 ist festzustellen, dass der Anteil der Seniorinnen und Senioren von 10,7% im Jahr 2002 auf 12,3% im Jahr 2005 gestiegen ist. In absoluten Zahlen entspricht das einem Plus von 1.696 Personen. Die Aufteilung nach Altersgruppen zeigt, dass seit dem Jahr 2002 in den Altersgruppen 65 Jahre bis 84 Jahre ein Anstieg zu verzeichnen ist. In der Altersgruppe der 60 – 64-jährigen ist ein leichter Rückgang von 0,1% festzustellen und in den Altersgruppen der hochbetagten Seniorinnen und Senioren ab 85 Jahre und älter sind im Vergleich zum Jahr 2002 keine Veränderungen eingetreten.

Abb. 2.2-01

Migrantinnen und Migranten in der Region Hannover im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung
Stand: 01.01.2006

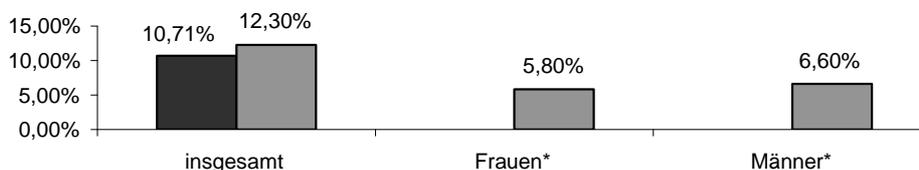


* Vergleichswerte von 2002 liegen nicht vor.

■ 2002 ■ 2005

Abb. 2.2-02

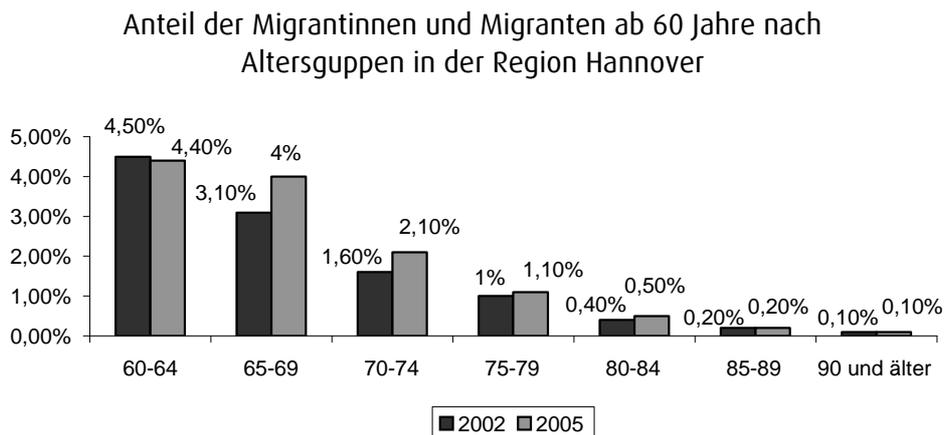
Anteil der 60-jährigen und ältere Migrantinnen und Migranten in der Region Hannover innerhalb der Bevölkerungsgruppe
Stand: 01.01.2006



*Vergleichswerte von 2002 liegen nicht vor.

■ 2002 ■ 2005

Abb. 2.2-03



Eine differenzierte Betrachtung der Region Hannover zeigt, dass in den Kommunen (ohne LHH) am 31.12.2005 insgesamt 36.871 Migrantinnen (19.443 Frauen) und Migranten (19.428 Männer) lebten. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in den Kommunen entspricht das einem Anteil von 6,3% (3,2% Frauen und 3,1% Männer). Im Jahr 2002 waren 3.621 (9,48%) der Migranten 60 Jahre und älter mit einem Plus von 761 Personen ist diese Bevölkerungsgruppe auf 4.382 Seniorinnen (2.353 Frauen) und Senioren (2.029 Männer) angestiegen. Innerhalb der Bevölkerungsgruppe entspricht das einem Anteil von 11,2% (5,2% Frauen und 6,0% Männer).

Im Gegensatz zu dieser ansteigenden Entwicklung in den Kommunen ist der Anteil der Migrantinnen und Migranten in absoluten Zahlen in der Landeshauptstadt Hannover im Erhebungszeitraum von 78.560 (15,5%) Personen um 2.648 auf 75.912 Personen (14,9%) (37.689 Frauen und 38.223 Männer) gesunken. Innerhalb der Bevölkerungsgruppe ist der Seniorenanteil von 8.889 (11,31%) Personen um 935 auf 9.824 (14,9%) Seniorinnen (4.596/6% Frauen) und Senioren (5.228/7% Männer) gestiegen.

Abb. 2.2-04

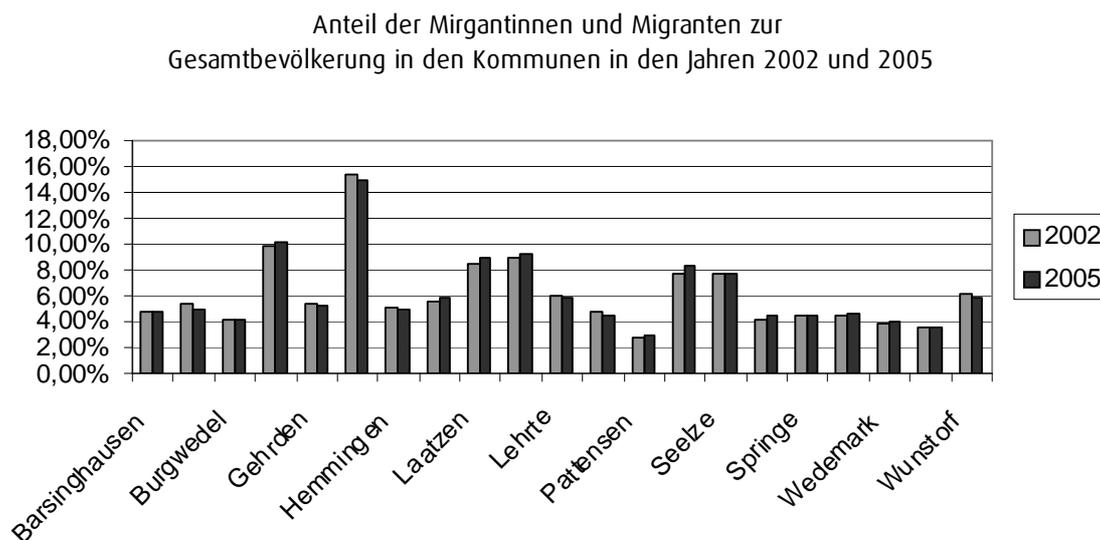


Abb. 2.2-05

Anteil der Migrantinnen und Migranten der Altersgruppe 60 plus innerhalb der Bevölkerungsgruppe in den Jahren 2002 und 2005

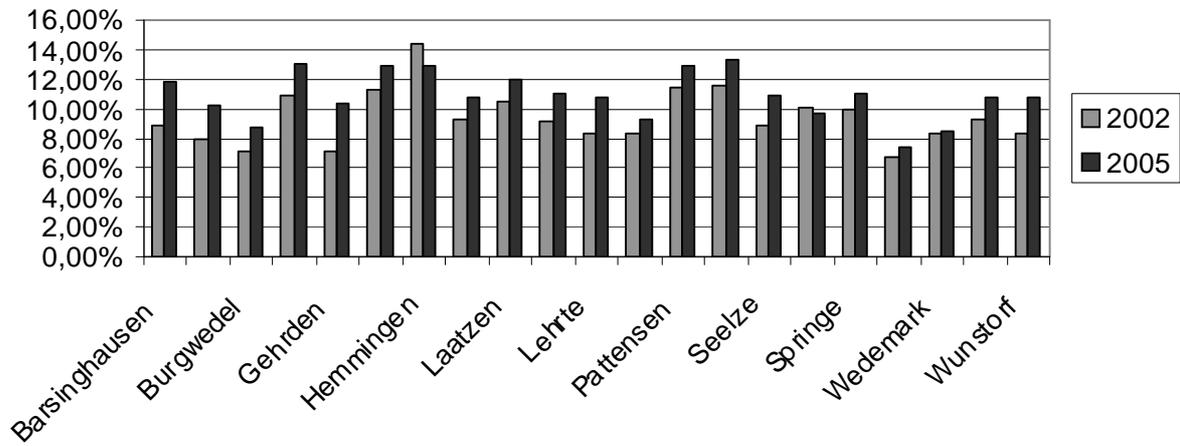


Abb. 2.2-06

Anteil der Migrantinnen und Migranten zur Gesamtbevölkerung in den Kommunen und der Landeshauptstadt Hannover

Stand 01.01.2006

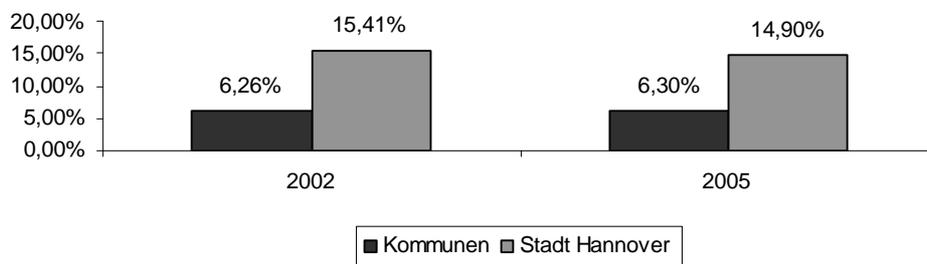
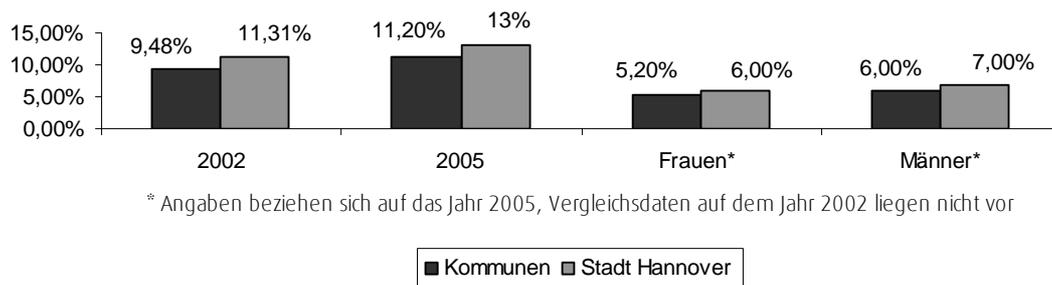


Abb. 2.2-07

Anteil der 60-jährigen Migrantinnen und Migranten innerhalb der Bevölkerungsgruppe



* Angaben beziehen sich auf das Jahr 2005, Vergleichsdaten auf dem Jahr 2002 liegen nicht vor

Insgesamt ist festzustellen, dass der Anteil der männlichen Migranten größer ist als der weibliche Anteil. Diese Konstellation ist auf die Einwanderersituation in den 50-er und 60-er Jahre in Deutschland zurückzuführen. Die ersten Gastarbeiter waren in der Regel Männer die alleine kamen. Ihre Familien blieben meistens in den Heimatländern. Erst in den 70-er Jahren kamen ganze Familien nach Deutschland bzw. wurden von den hier lebenden Männern nachgeholt. Bezogen auf die Lebenserwartung der Männer und Frauen aus dem Ausland, beobachten Fachleute eine Angleichung zur deutschen Bevölkerung. Somit ist davon auszugehen, dass zukünftig in der Ausländerpopulation der Anteil der Männer ab 60 plus abnehmen und der Anteil der älteren Frauen zunehmen wird.

In der kleinräumigen Betrachtung geht der Anteil der Migrantinnen und Migranten in den Stadtbezirken der Landeshauptstadt Hannover und den Kommunen im Verhältnis zur jeweiligen Gesamtbevölkerung leicht zurück bzw. stagniert. In der Bevölkerungsgruppe selber nimmt der Anteil der ausländischen Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahre und älter und damit auch der Hilfe- und Pflegebedarf z. T. deutlich zu. Diese Entwicklung ist nicht alleine mit der größeren Einbürgerungsfreudigkeit der jüngeren Generation zu erklären. So weisen Fachleute seit längerem darauf hin, dass auch in dieser Bevölkerungsgruppe die Geburtenrate zurück geht und damit eine proportionale Veränderung innerhalb der Generationen stattfindet.

Diese Entwicklungen sollte Anlass dafür sein, dass in allen Kommunen für die Gruppe der größer werdenden Hilfe- und Pflegebedürftigen Migrantinnen und Migranten verstärkt interkulturelle Hilfe- und Pflegeangebote vorgehalten werden. Ziel sollte dabei sein, dass erst einmal die schon bestehenden Leistungsangebote den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugänglich gemacht werden.

2.3 Auswirkungen

Die vorliegenden Entwicklungen und Prognosen zeigen auf, dass die Bevölkerung in der Region Hannover bis zum Jahr 2015 nicht schrumpfen wird. Trotzdem hat in der Region Hannover bereits eine große demografische Veränderung eingesetzt. Die vorgelegten Zahlen und Altersbäume belegen, dass die Bevölkerung nicht weniger, aber älter wird. Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt prozentual und in absoluten Zahlen ab, während die Anzahl der Seniorinnen und Senioren steigt. Diese Entwicklung bewirkt komplexe Veränderungen in den Aufgabenbereichen der Region Hannover und der ihr angehörigen Kommunen.

Entsprechend dem Pflegeversicherungsgesetz soll in der Region Hannover der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt werden. Damit das möglich wird bedarf es einer öffentlichen Infrastruktur, die den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft gerecht wird und die sich durch Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit auszeichnet. Insbesondere betrifft das die Bereiche „Nahversorgung“, „Mobilität“, „Wohnen“ und „Teilhabe am sozialen Leben“. Eine in der Altersstruktur veränderte Gesellschaft wird im Bereich der öffentlichen Infrastruktur ein anderes Nachfrageverhalten entwickeln. Davon betroffen sind u. a. Bildung (z.B. Volkshochschulen oder Seniorenakademien), Sport (z.B. Nutzung von schulischen Turnhallen und Sportplätzen), Freizeit (z.B. Dorfgemeinschaftshäuser) und Mobilität (z.B. ÖPNV). Außerdem bestehen heute schon bei zunehmend mehr Seniorinnen und Senioren konkrete Vorstellungen über alternative Wohnformen im Alter (siehe Kapitel 5). Von dieser Entwicklung betroffen sind neben der Wohnungswirtschaft Pflegeheime und ambulante Pflegedienste.

Insbesondere die stationären und ambulanten Leistungsanbieter müssen mit veränderten Konzepten und Leistungsangeboten auf das verändernde Nachfrageverhalten ihrer Kunden reagieren.

Nicht nur wünschenswert sondern bereits dringend notwendig ist, dass sich im Bereich der Nahversorgung der Einzelhandel auf eine immer immobilere werdende Kundschaft einstellt. Heute gibt es in den Kommunen (ohne Landeshauptstadt Hannover) für rund 160.000 Personen im Umkreis von 500 Metern keine fußläufig erreichbaren Einkaufsmöglichkeiten für Güter des täglichen Bedarfs. Ausgehend von einer durchschnittlichen Haushaltsgröße mit 3,2 Personen sind rund 50.000 Haushalte ohne Pkw oder Nachbarschaftshilfe deutlich unterversorgt. Wird der Radius auf 1.000 Meter erweitert, müssen 50.000 Personen zum Einkaufen einen langen Weg innerhalb des Ortsteils bewältigen. In völlig unterversorgten Ortsteilen leben zurzeit 34.000 Personen. Gegenwärtig wird noch davon ausgegangen, dass besonders in sehr ländlich geprägten und abgelegenen Ortsteilen eine adäquate Nahversorgung nicht gewährleistet ist. Wird allerdings ein Bewegungsradius von 500 Metern zugrund gelegt, dann gibt es auch heute schon in der Landeshauptstadt Hannover einige unterversorgte Stadtteile.

Quelle: Region Hannover, Team Regionalplanung, Einzelhandelserfassung durch CIMA 2006

Abb. 2.3-01: Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs

